

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Liechtenstein steht unmittelbar vor der Aufnahme in die EFTA

Zustimmung des Landtages und der Eidg. Räte zur Zollvertragsänderung - EFTA-Minister beraten am 22. Mai in Wien über Aufnahmesuch

(G.M.) - Das Fürstentum Liechtenstein steht unmittelbar vor der Aufnahme als Vollmitglied in die EFTA. Die Eidgenössischen Räte wie auch der Landtag haben eine Änderung des Zollvertrags zwischen der Schweiz und Liechtenstein zugestimmt, womit das Fürstentum Liechtenstein die Möglichkeit erhält, selbst Vertragspartner von Zoll- und Handelsübereinkommen zu werden, sofern auch die Schweiz diesen Übereinkommen angehört. Die EFTA-Minister werden sich am 22. Mai anlässlich des EFTA-Gipfels in Wien mit dem liechtensteinischen Beitrittsantrag befassen, das am 1. März EFTA-Generalsekretär Georg Reich in Genf überreicht worden ist.

Der Landtag stimmte der Zollvertragsänderung in der letzten Woche vorbehaltlos zu und schloss sich der Auffassung der Regierung an, dass Liechtenstein künftig als eigenständiger Vertragspartner für internationale Übereinkommen auftreten sowie selbständiger Mitgliedstaat internationaler Organisationen werden könne. Vor der Genehmigung des Änderungsvertrags, der auf Regierungsebene bereits am 26. November 1990 in Bern unterzeichnet worden war, unterstrichen Abgeordnete beider Fraktionen im Landtag, dass sich mit der Zollvertragsänderung am bilateralen Verhältnis zwischen der Schweiz und Liechtenstein nichts ändere. Mit Befriedigung nahm der Landtag ferner die Zusicherung der Regierung zur Kenntnis, dass «auch diese Frage in freundschaftlicher Zusammenarbeit gelöst werden konnte.»

Eigenständigere Aussenpolitik

Der Wunsch Liechtensteins zur Änderung des Zollvertrags, der in der ursprünglichen Fassung von 1923 den Abschluss von Handels- und Zollverträgen durch das Fürstentum Liechtenstein ausschliesst, ist im Zusammenhang mit der verstärkt souveränitätsbewussteren Aus-

senpolitik der letzten zwei Jahrzehnte zu sehen. Die Teilnahme an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) seit 1975, die Mitgliedschaft im Europarat seit 1978 und die Aufnahme 1990 in die UNO sind Ausdruck eines verstärkten aussenpolitischen Bewusstseins im politischen Bereich, das nun auf der wirtschaftspolitischen Ebene mit dem Beitrittsantrag in die EFTA und der Teilnahme als Verhandlungspartner bei den Verhandlungen zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) seine Fortsetzung findet.

Über traditionelle Handelsmaterie hinaus

Mit dem Abschluss des Zollvertrags mit der Schweiz hat Liechtenstein neben der Eingliederung in das schweizerische Wirtschaftsgebiet auch Anschluss an das Weltwirtschaftssystem gefunden. Die Verhandlungen über die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) zeigen jedoch, dass nicht nur der Warenverkehr betroffen ist, sondern auch Bereiche wie Dienstleistungen, Personen- und Kapitalverkehr, Umweltschutz, Bildung und Forschung erfasst werden, die durch den Zollvertrag nicht mehr oder nur teilweise abgedeckt sind. Schon der Anschluss Liechtensteins über ein Son-

derprotokoll an die EFTA 1960 liess erkennen, dass bei Übereinkommen, die über die traditionelle Handelsmaterie hinausgehen, eine Erweiterung oder Revision des Zollvertrages erforderlich wäre. Um dem Wunsch Liechtensteins zu entsprechen, dass alle Bestimmungen des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Eidgenossenschaft auch für das Fürstentum Liechtenstein Geltung haben sollten, wurde 1972 die Form eines dreiseitigen Zusatzabkommens zwischen der Gemeinschaft, der Schweiz und Liechtenstein gewählt. Als Weiterentwicklung dieser zaghaften Anfänge Liechtensteins, international verstärkt und vermehrt als eigenständiger Vertragspartner aufzutreten, wurde nun mit Zustimmung der Schweiz die Änderung des Zollvertrages vorgenommen.

Bilaterales Verhältnis nicht betroffen

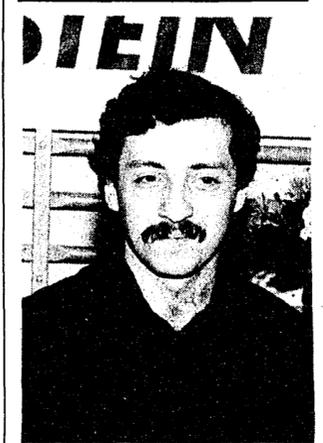
Ausgangspunkt für die Zollvertragsänderung ist, wie die Regierung in verschiedenen Stellungnahmen und besonders in ihrem ersten Bericht zur Integration vom Herbst 1989 unterstrich, die Veränderung des «Status Liechtensteins innerhalb der EFTA». Das bilaterale Verhältnis zur Schweiz, die nach nur zwei Verhand-

lungsrunden ihre Zustimmung zur Zollvertragsänderung erteilte, sollte nach ausdrücklicher Betonung der liechtensteinischen Regierung nicht tangiert werden. «Die traditionell enge Zusammenarbeit mit der Schweiz», schrieb die Regierung im Integrationsbericht, «bildet die tragfähige und ausbaufähige Grundlage dafür, dass Liechtenstein Platz in der europäischen Integrationsentwicklung finden kann.» In ähnlichem Sinne hatte sich Regierungschef Hans Brunhart am Treffen der EG- und EFTA-Minister am 19. Dezember 1989 in Brüssel geäußert: «Unser Land möchte die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Schweiz fortführen. Gleichzeitig wünscht es an der in Aussicht genommenen Vereinbarung zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Staaten als siebter EFTA-Staat teilnehmen zu können.» Die Auffassung, wonach die Vollmitgliedschaft in der EFTA und die Möglichkeit zum Abschluss von Wirtschaftsabkommen mit anderen Staaten keinen Einfluss auf die bilateralen Beziehungen Schweiz - Liechtenstein haben dürfe, bekräftigte auch der Landtag, als er geschlossen der Änderung des Zollvertrags in Übereinstimmung mit den Eidgenössischen Räten zustimmte.

Sport aktuell

Punktgewinn für Balzers

Mit einem 2:2-Unentschieden (Halbzeit 1:1) holte sich der FC Balzers im 1. Liga-Rheintalderby bei Altstätten einen wichtigen Punkt um den Ligarhalt. Die beiden liechtensteinischen Zweitligisten USV Eschen-Mauren und Vaduz hatten infolge unbespielbaren Terrainverhältnissen in Niederrunen und Grabs spielfrei. In der 3. Liga gewannen Triesen (daheim gegen Bad Ragaz) und Triesenberg (auswärts bei Neustadt) jeweils mit 3:1. Ebenfalls erfolgreich war Ruggell gegen St. Margrethen, dagegen kassierte Schaan eine 0:4-Heimschlappe gegen Rüthi. Die Partie Davos gegen Vaduz II musste abgebrochen werden.



Schach: Litauischer Sieg

Das 9. Schach-Open in Schellenberg ging am Samstag mit dem Sieg des litauischen Internationalen Meisters Eduardo Rosentalis zu Ende, der in neun Partien 7,5 Punkte totalisierte. Mit einem halben Zähler Rückstand gingen die Ehrenplätze an die beiden Jugoslawen Nikola Mitkov und Srdjan Cvetkovic. Liechtensteinschereits sehr gut hielten sich Renato Frick (39. Rang) und der Junior Dominik Rauber (52. Rang), die sich bei 142 Klassierten noch in der ersten Ranglistenhälfte zu behaupten vermochten.

Die Eisheiligen starteten standesgemäss

Trüber Muttertag - Hochwasser in mehreren Flüssen - Zu kalt für die Jahreszeit

(AP) Pankratius, der erste der drei Eisheiligen, hat am Sonntag seinem Namen wieder alle Ehre gemacht. In Liechtenstein und nahezu in der ganzen Schweiz war der Muttertag verregnet und trüb. Die zum Teil massiven Regenfälle der jüngsten Tage haben am Wochenende einen Erdrutsch in der Innerschweiz verursacht und den Wasserpegel mehrerer Flüsse zum Teil bedrohlich ansteigen lassen.

Wegen der schlechten Witterung blieb der Ausflugsverkehr nahezu aus, so dass es auf den Strassen weitgehend ruhig blieb. Da aber viele Menschen offenbar den Auffahrtstag für ein verlängertes Wochenende genutzt haben und am Abend des Muttertags heimkehrten, mussten die SBB mehrere Extrazüge vor allem vom Süden in Richtung Norden einsetzen, wie ein SBB-Sprecher mitteilte.

Die ergiebigen Regenfälle liessen die Wasserpegel der Flüsse Thur und Sitter im Kanton Thurgau vorübergehend so stark ansteigen, dass vorsorgliche Massnahmen getroffen werden mussten. Am Sonntag nachmittag beruhigte sich die Situation allmählich wieder. Im süddeutschen Lindau am Bodensee fielen in 24 Stunden 100 Liter Wasser pro Quadratmeter, was dem gesamten Monatswert entspricht, wie der Deutsche Wetterdienst mitteilte.

Ein Erdrutsch zwischen Immensee (SZ) und Arth (SZ) verschüttete am Samstag gegen 19.00 Uhr vorübergehend die Autobahn N4 und die Gotthardbahnlinie. Die schlammartige Lawine war laut Polizeiangaben nach ergiebigen Regenfällen niedergegangen.

Einer alten Bauernweisheit zufolge können die Eisheiligen Pankratius, Servatius, Bonifatius und die «kalte Sophie»

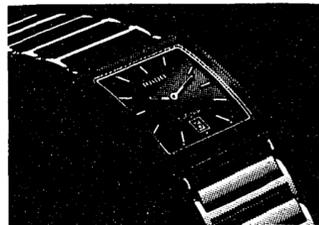
vom 12. bis 15. Mai mitten im «Wonnemonat» noch einmal Frost und Kälte bringen. Laut Angaben der SMA wird zwar am Montag eine vorübergehende Wetterbesserung erwartet. Vom kommenden Dienstag an seien die Eisheiligen aber wieder standesgemäss: Bei kühlen Temperaturen werde dann die Schneefallgrenze unter die Höhe von 1000 Metern sinken.



Die Eisheiligen starteten wieder einmal standesgemäss. Das Wetter am Muttertag war kalt und unfreundlich. Aufgrund der starken Regenfälle schwellen die Flüsse mancherorts an, so dass Alarm gegeben werden musste. Unser Bild zeigt die Verschüttung der SBB in der Innerschweiz, die den Gotthard-Verkehr behinderte. (Bild: Keystone)

Gorbatschow will Bush treffen

Washington/Moskau (spk/dpa) Der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow hat dem amerikanischen Präsidenten George Bush telefonisch versichert, dass ihm die Verbesserung der Beziehungen mit Washington unverändert ein dringliches Anliegen sei. Konkret ging es unter anderem um einen Gipfeltermin und um die Differenzen bei der der konventionellen Abrüstung in Europa. Bush hatte den sowjetischen Präsidenten vom Landsitz Camp David aus angerufen. Nach übereinstimmenden Angaben von Weissem Haus und der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS hat Gorbatschow betont, dass er an einem Treffen mit Bush noch in der ersten Jahreshälfte dringend interessiert sei.



Die Zukunft an ihrem Handgelenk.

Rado DiaStar Anatom, wasserdicht, kratzfestes Keramikband und Saphirglas, Fr. 1500.- für Damen, Fr. 1600.- für Herren.



schmuck - uhren - juwelen
Ställe 34 und Rathausplatz
9490 Vaduz/Liechtenstein

Friedenskonferenz über Nahen Osten?

Kairo (spk/dpa) Den Vorsitz einer allfälligen Nahost-Friedenskonferenz wollen die USA und die UdSSR im Wechsel übernehmen. UdSSR-Aussenminister Alexander Bessmertnych sagte in einem am Sonntag in Kairo verbreiteten Gespräch mit der sowjetischen Nachrichtenagentur Nowosti, dies sei Teil der Absprache, die er mit seinem amerikanischen Kollegen, James Baker, getroffen habe.

Die Sowjetunion habe in der Vergangenheit Kontakt mit allen wichtigen Staaten im Nahen Osten und Europa sowie mit den USA gehabt, um eine für alle Parteien eine annehmbare Basis zu schaffen. Washington und Moskau würden zusammenarbeiten, damit sich die Repräsentanten von allen betroffenen Ländern an einen Tisch setzen könnten.

Wenig Chancen für Europa

Repräsentative Umfrage zu EG und EWR in der Schweiz

Bern (spk) Europa hat in der Schweiz noch wenig Chancen: Hinter einem EG-Vollbeitritt stehen heute 46 Prozent der Schweizer, gleichviel würden auch einem EWR-Vertrag zustimmen. Während in der Romandie eine EG-Abstimmung schon heute zu gewinnen wäre, geben sich Deutschschweizer und Tessiner skeptischer.

Ein EG-Beitritt sei auch nach einem möglichen Scheitern der Verhandlungen um einen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) nicht überhastet anzupfeilen, liess der Bundesrat am letzten Freitag verlauten. Damit liegt er ganz auf der Linie des Volkes, wie eine vom Forschungszentrum für schweizerische Politik im Auftrag der «Sonntagszeitung» durchgeführte repräsentative Umfrage zeigt. Im März wurden

insgesamt 1035 Männer und Frauen über 20 Jahre zu Europa befragt.

EG und EWR sind für die Schweizer vorerst das gleiche. 46 Prozent sagen ja zu einem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft, 35 Prozent sind eher dagegen, und 19 Prozent unentschieden. Zu einem EWR sagen auch 46 Prozent ja, 30 Prozent möchten davon eher nichts wissen, und 24 Prozent sind unentschieden. Die Romandie ist mit 60 Prozent Ja der EG gegenüber positiver eingestellt als das Tessin mit 46 und die Deutschschweiz mit bloss 41 Prozent Ja. Diesseits der Saane seien noch rund eine halbe Million Menschen vor allem mit Sympathien zum bürgerlichen Lager für eine EG-Mitgliedschaft zu überzeugen, wird Forscher Claude Longchamp von der Uni Bern im Bericht zitiert.

Genscher wirbt in Amerika

Berlin (AP) Angesichts der weiter desolaten Wirtschaftslage in Ostdeutschland haben Bonner Spitzenpolitiker am Wochenende erneut eindringlich um die Ansiedlung westlicher Unternehmen geworben. Aussenminister Hans-Dietrich Genscher appellierte bei einem Besuch in den USA an die amerikanische Industrie, sich Standorte im neuen Teil der Bundesrepublik zu suchen, und schlug die Einrichtung einer deutsch-amerikanischen Akademie der Wissenschaften in den östlichen Ländern vor. Arbeitsminister Norbert Blüm rief die westdeutschen Firmen auf, zu investieren und Arbeitsplätze für die Absolventen von Fortbildungs- und Umschulungskursen zu schaffen.

Die «extrem besorgniserregende Situation» in den neuen Ländern wird sich nach Einschätzung der weltweit tätigen Unternehmensberatung McKinsey noch weiter verschärfen. Nach einem Gutachten, aus dem das Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» zitiert, könnte dadurch sogar die Konjunktur im Westen der Bundesrepublik «in eine Abwärtsspirale gezogen» werden. Als gesichert gelte zudem, dass die Zahl der Beschäftigten in der ehemaligen DDR auf etwa fünf Millionen gegenüber 9,25 Millionen Ende 1989 zurückgehen werde. Die Entwicklung verlange ein «unverzügliches, entschlossenes Handeln» der Politiker.